



# ZEUS

ZEITSCHRIFT FÜR EUROPARECHTLICHE STUDIEN

Mike Wienbracke

---

**„EURO-RETTUNG“** und sogenanntes **„BAIL OUT“-VERBOT** (Art. 125 AEUV)  
nach dem **„PRINGLE“-URTEIL** des EuGH

Christopher Frey

---

**GRUNDRECHTLICHE PROBLEME** bei einem beschleunigten Ausbau  
der **TRANSEUROPÄISCHEN ENERGIENETZE**

Emina Mameledzija

---

**KLEINE und MITTLERE UNTERNEHMEN** im **EUROPÄISCHEN VERTRAGSRECHT:**  
**Grundfragen und Perspektiven**

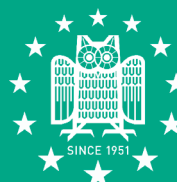
Sven Simon

---

**A DIRECT VOTE** to Pick the Face that Runs the **UNION** -  
Some Thoughts on the Occasion of the **CURRENT CRISIS**



BWV • BERLINER  
WISSENSCHAFTS-VERLAG



EUROPA-  
INSTITUT  
UNIVERSITÄT DES SAARLANDES

**Mike Wienbracke, „Euro-Rettung“ und sogenanntes „bail out“-Verbot (Art. 125 AEUV) nach dem „Pringle“-Urteil des EuGH, ZEuS 2013, 1-18.**

Mit seinem Urteil vom 27. November 2012 (Rs. C-370/12 – *Pringle*) hat der EuGH erstmals zum Umfang der sogenannten „Nichtbeistandsklausel“ („bail out“-Verbot) des Art. 125 AEUV Stellung genommen. Steht diese Vorschrift hiernach der Errichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) durch die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets (Eurogruppe) nicht entgegen, so widerspricht das Gericht damit einer in weiten Teilen des deutschen Schrifttums vertretenen Auffassung vom kategorischen Ausschluss jeglicher finanzieller Hilfen seitens der Union und der übrigen Mitgliedstaaten zugunsten eines anderen, notleidenden Mitgliedstaats. Der Beitrag nähert sich diesem Meinungsstreit ausgehend von den allgemeinen, auch auf europäischer Ebene geltenden und mitunter nicht nur von Ökonomen vernachlässigten juristischen Auslegungskriterien, bei deren Anwendung an der Richtigkeit der nunmehrigen EuGH-Entscheidung nach Auffassung des Autors im Ergebnis nichts zu erinnern ist. Zugleich wird ein Ausblick auf die europarechtspolitische Zukunft gewagt, welche neben Risiken auch Chancen für die Fortführung des europäischen Integrationsprozesses birgt.

**Christopher Frey, Grundrechtliche Probleme bei einem beschleunigten Ausbau der transeuropäischen Energienetze, ZEuS 2013, 19-52.**

Der Beitrag beschäftigt sich mit grundrechtlichen Problemen durch den Ausbau der transeuropäischen Energienetze. Der Anlass ist die im Oktober 2011 von der Kommission vorgeschlagene und kurz vor dem Inkrafttreten stehende Verordnung zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur. Der Vorschlag wird vor allem in Bezug auf die angestrebte Beschleunigung und einheitliche Gestaltung der Genehmigungsverfahren für den Bau von Energieinfrastruktur analysiert. Es wird argumentiert, dass mitgliedstaatliche Maßnahmen zur Realisierung von europäischen Vorhaben im Bereich der Energieinfrastruktur zumindest partiell als Durchführung von Unionsrecht angesehen werden können und damit eine Rückbindung an die Unionsgrundrechte notwendig wird. Typische Grundrechtsprobleme des Netzausbaus betreffen die Eigentumsfreiheit und die Verfahrensgrundrechte. Der Beitrag erörtert ferner die Anforderungen der Charta der Grundrechte der Europäischen Union zum Schutz dieser Grundrechte, sollte es bei dem Ausbau der transeuropäischen Energienetze auf mitgliedstaatlicher Ebene zu Grundrechtseingriffen kommen.

**Emina Mameledzija, Kleine und mittlere Unternehmen im Europäischen Vertragsrecht: Grundfragen und Perspektiven, ZEuS 2013, 53-89.**

Die Europäische Kommission hat mit ihrem Vorschlag einer Verordnung für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht vom 11. Oktober 2011 einen neuen Weg im Europäischen Vertragsrecht eingeschlagen und damit eine Diskussion über die Relevanz der unterschiedlichen Vertragsrechtsordnungen in den Mitgliedstaaten ausgelöst. Sie reagiert damit auch auf die gewonnene Erkenntnis, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wegen der unterschiedlichen Vertragsrechte in den Mitgliedstaaten die Vorteile des Binnenmarkts nicht nutzen. Vor diesem Hintergrund untersucht der Beitrag, welche rechtliche Stellung KMU bisher im EU-Recht einnehmen, ob es gerechtfertigt erscheint, ihnen dieselbe schützenswerte Position wie Verbrauchern zu gewähren und ob das neue Gemeinsame Europäische Kaufrecht in der Lage ist, KMU so zu fördern, so dass von diesen häufiger grenzüberschreitende Verträge geschlossen werden.

**Sven Simon, A Direct Vote to Pick the Face that Runs the Union – Some Thoughts on the Occasion of the Current Crisis, ZEuS 2013, 91-118.**

Europe is in the midst of a deep financial and macro-economic crisis which is turning into a fundamental crisis of confidence. The purpose of this article is twofold. Firstly, it examines the weaknesses of the European Union (EU) with a view to suggesting and justifying a more sustainable governance paradigm for Europe going forward. Secondly, it analyses the role played by intergovernmental meetings and summits in the disjunction created in recent times between the organs of the EU and its citizens. This, it is argued, has resulted in a complex lack of transparency and accountability. The article recommends the establishment of coherent economic and financial policy enforcement mechanisms on a supranational level. The direct election of the President of the Commission was a possible starting point for this to happen. The article emphasizes the importance and need for a common European identity, and the establishment of a common influential space for public debate of policy as a means to strengthen not only its institutional framework, but also the democratic legitimacy of the EU.